

23. OKT. 1961

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/238 - 21. Oktober 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Blick auf Rom

64

Der demokratische Sozialismus in unserer Zeit  
Zur Tagung der Sozialistischen Internationale

3

Die Wacht an der Spree

35

Der Selbstbehauptungskampf der Berliner

4 - 5

Auf dem Stuhl Hammarströms

74

Der Lebensweg von U Thant

6

Auf schwankendem Boden

45

Die außenpolitischen Aspekte der türkischen Wahlen  
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

\* \* \* \* \*  
\* \* \*

### Blick auf Rom

#### Der demokratische Sozialismus in unserer Zeit

E.D. - Vom 22. bis 27. Oktober 1961 versammeln sich in der italienischen Hauptstadt die Vertreter der Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale zu ihrer diesjährigen Konferenz. Diese Konferenz findet in einer gespannten internationalen Lage statt und zu einer Zeit, da in Moskau der Parteitag der sowjetischen Kommunisten unter dem Getöse der Explosionen immer größerer Bomben abrollt. Daher ist es schon jetzt offensichtlich, daß die Völker der Welt mit großer Aufmerksamkeit den Beratungen in Rom folgen werden; denn dort werden wesentliche Antworten des internationalen demokratischen Sozialismus auf die drängenden Fragen unserer Tage formuliert.

Die demokratisch-sozialistische Bewegung ist in dieser weltweiten Krise vor eine harte Bewährungsprobe gestellt. Unklarheiten und Widersprüche in der theoretischen und politischen Haltung werden bloßgestellt, weil die Situation ein klares Ja oder Nein verlangt. Stimmenenthaltung bedeutet heute Verzicht auf Mitentscheidung über Leben und Tod. Erst danach geht es um die Fragen der Gestaltung der Gesellschaft der Lebenden.

Eine weitgehende Übereinstimmung in den wichtigsten Grundsatzfragen hatten die demokratisch-sozialistischen Parteien schon in der Zeit unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg erreicht. Dies fand seine Bestätigung in der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main und den am 3. Juli 1951 unter dem Titel "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" einstimmig angenommenen Prinzipien. In diesem Dokument grenzte sich der demokratische Sozialismus klar gegenüber dem im Dogmatismus erstarrten Kommunismus ab. Er brachte zum Ausdruck, daß er alle die Kräfte zu vereinen anstrebe, deren Ziel eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens sei. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der einzelne aus marxistischer, religiöser oder humanitärer Überzeugung heraus mitarbeitet; denn aktive Teilnahme vieler Menschen ist zur Verwirklichung der Ziele des demokratischen Sozialismus erforderlich.

Auf dieser Grundlage wird in Rom eine neue Erklärung verabschiedet werden, die der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung der

vergangenen zehn Jahre Rechnung trägt. Sie wird das Verhältnis des demokratischen Sozialismus zur kommunistischen und nicht-kommunistischen Welt, insbesondere zu den inzwischen unabhängig gewordenen neuen Staaten klar umreißen. Sie wird die Sozialistische Internationale bei ihrem Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte, der Freiheit und des Weltfriedens leiten.

Es kommt daher nicht von ungefähr, daß der Kongreß den Problemen der neuen Staaten in Asien und Afrika im gesamten Konferenzverlauf besonderes Gewicht beimißt. Eine Tagung der Wirtschaftssachverständigen fand daher in der Zeit vom 14. bis 20. Oktober in Baden bei Wien statt. Dort befaßte man sich in der Hauptsache mit den Möglichkeiten und Methoden wirtschaftlicher und technischer Zusammenarbeit zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern. Die Ergebnisse der Konferenz wird der Vorsitzende der Praja-sozialistischen Partei Indiens, Asoka Matha, dem Kongreß in Rom vorlegen, damit dieser dann die Vorstellungen der Experten in seine Beratungen aufnehmen kann.

Mehr als 40 Parteien in allen Erdteilen gehören heute zur Sozialistischen Internationale. Auch dies ist ein Grund dafür, daß es neben den demokratisch-sozialistischen Parteien Europas vor allem die Vertreter Asiens und Afrikas sein werden, die das Gesicht des diesjährigen Kongresses der Sozialistischen Internationale prägen werden.

Aber auch die führenden Vertreter der demokratisch-sozialistischen Exilparteien werden auf einer dem Kongreß vorgeschalteten Konferenz der sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas beraten, und ihre Stellungnahme wird eine wichtige Unterlage für die Arbeit des Kongresses abgeben.

Schon jetzt darf man sagen, daß das Ende dieses Kongresses zugleich den Aufbruch in die zweite Dekade der Sozialistischen Internationale bedeutet, eine Dekade, in der mehr denn je zuvor die Ideen des demokratischen Sozialismus zu den entscheidenden Faktoren der friedlichen Umwandlung der Gesellschaft auf der ganzen Welt sein werden.

Die Wacht an der Spree

sp - Ohne großes Tamtam wurde dieser Tage in Berlin die Fertigstellung der 200 000-ten Neubauwohnung gefeiert. Sie liegt auf einem Grundstück im Bezirk Wedding, unmittelbar an der durch Stacheldraht und Schandmauern gezeichneten Sektorengrenze. Jeder vierte Westberliner wohnt nun in einem Neubau. Für dieses Jahr ist der Bau von 22 000 Wohnungen vorgesehen; wer die Berliner kennt und die Tüchtigkeit ihrer Verwaltung, weiß, daß dieses Programm auch eingehalten wird. Wenn Herr Ulbricht glaubte, mit dem 13. August 1961 den Lebenswillen dieser Stadt tödlich zu treffen, so muß er sich jetzt gründlich enttäuscht sehen. Die Westberliner bauen weiter an der Zukunft ihrer Stadt.

In Berlin wird über das Schicksal des deutschen Volkes entschieden. Diese Erkenntnis beginnt nun Allgemeingut zu werden, sie durchdringt alle Schichten unseres Volkes. Ausdruck dieser Grundstimmung ist die ungewöhnlich starke Beschickung der Berliner Industriemesse. Es sind nach dem 13. August keine Absagen aus der Bundesrepublik eingegangen, auch die Zahl der ausländischen Besucher hat sich erhöht. In diesem Zusammenhang ist der erfolgreiche Verlauf der Finanzverhandlungen zwischen dem Wirtschaftskabinett und einer Berliner Senatskommission zu begrüßen. Sie schließen Erholungshilfen für die Berliner ein und Darlehen für junge Ehepaare bis zu 3000 D-Mark. Für die nahe Zukunft ist der Ausbau der Berliner Universität vorgesehen; gegenwärtig studieren 25 000 Studenten in Westberlin, eine Zahl, die sich steigern läßt. Der Katalog von Berliner Wünschen ist damit noch lange nicht erschöpft, es wird noch manches Klopfen an der Bundeskasse geben. Wer immer auch in der neuen Bundesregierung Bundesfinanzminister sein wird, zu hoffen bleibt, daß er sich, was die Unterstützung für Berlin anbetrifft, nicht gerade von der knauserigen Seite zeigt. Bei den kommenden Ost-West-Verhandlungen über die Berlin- und Deutschlandfrage wird es nicht ohne Bedeutung sein, welchen Eindruck die Verhandlungspartner von der Stärke des deutschen Willens bekommen, die Verbundenheit mit Berlin zu vertiefen und sie unlösbar zu gestalten. Die Erhaltung der Anziehungs- und Ausstrahlungskraft Westberlins bleibt ein nationalpolitisches Gebot erster Größenordnung.

### Auf dem Stuhl Hammarskjölds

Wenn nicht alles täuscht, wird U Thant, der Botschafter Burmas bei den Vereinten Nationen, die vorläufige Nachfolge Hammarskjölds antreten. Die Wahl dieses "Mr. World", wie die Kinder in Israel den höchsten Beamten der Vereinten Nationen nennen, ist von großer Bedeutung. Ein Vertreter der jungen Staaten übernimmt ein Amt, für dessen Bürde es in der Welt nichts Vergleichbares gibt.

U Thant bringt zweifellos einige Voraussetzungen dafür mit. Als Mitarbeiter und enger Freund des burmesischen Ministerpräsidenten U Nu sind ihm gefährliche politische Konflikte absolut nicht fremd. Burma hat in den Nachkriegsjahren schwer unter den rücksichtslosen Machtbestrebungen der Kommunisten zu leiden gehabt und war zugleich Aufmarsch- und im gewissen Sinn auch Kriegsschauplatz für National- und Rotchinesen gewesen. Mit Hilfe einer sehr geschickten Politik gelang es den Burmesen, mit dieser, seinen Fortschritt gefährdenden Plage fertig zu werden. Allerdings gibt Rot-China, der große Nachbar im Norden, dem kleinen Burma noch immer viel Grund zur Sorge.

Wie so viele Menschen in den Entwicklungsländern kam U Thant zufällig zur Politik. Als junger Mann studierte er Philologie an der Universität Rangun, wurde Lehrer und mit nur 32 Jahren Direktor einer geachteten Hochschule. Seine Karriere wäre ihm vorgezeichnet gewesen, hätte er nicht eines Tages die Ungerechtigkeit eines Kolonialregimes als unerträglich empfunden. Er verschrieb sich mit Haut und Haaren der Unabhängigkeitsbewegung, deren Ziel ein freies und sozialistisches Burma war. Der "Antifaschistische Volksfreiheitsbund" ließ ihn auch nach erreichter Unabhängigkeit nicht mehr los. Vom Pressechef der Partei rückte er zum persönlichen Referenten des Ministerpräsidenten für Sonderprojekte auf. Er bekleidete auch das Amt des Generaldirektors der Burmesischen Rundfunkgesellschaft, wurde Regierungssprecher und Sekretär des Wirtschaftsrates der Regierung. 1952 wurde U Thant Botschafter Burmas bei den Vereinten Nationen.

Man kennt U Thant dort als einen besonnenen Politiker. Das immer freundliche und ausgeglichene Wesen des nun 52-jährigen ist ohne Frage Ausdruck seiner religiösen Schulung. U Thant bekennt sich wie die Mehrheit seiner Landsleute zum Buddhismus, einer Religion, die ebenso als Philosophie bezeichnet werden kann. Toleranz, Friedfertigkeit, Nächstenliebe, Gerechtigkeit sind einige Aspekte dieser Religion, die das Denken und Handeln der burmesischen Menschen zutiefst beeinflussen.

Das aber schließt nicht aus, daß die Burmesen sehr hart auf ihre Rechten zu pochen verstehen. Das bewiesen sie im Freiheitskampf gegen die Japaner und später gegen die Engländer; das machten sie klar, als sie 1953 sogar auf die amerikanische Freundschaft und Hilfe verzichteten, da sie der Meinung waren, die Amerikaner hätten ihnen wirksamere Hilfe leisten können, wenn sie den Nationalchinesen die Benutzung des burmesischen Territoriums als Aufmarschplatz gegen das chinesische Festland untersagt hätten. Anders als die Inder hielten sie auch nach den Geschehnissen ein Verbleiben Burmas im britischen Commonwealth für untragbar.

Die Aufgabe hat es mit sich gebracht, daß U Thant die Welt inzwischen kennenlernte. Er ist in der Sowjetunion, in China und in fast allen Ländern Europas zu Gast gewesen. Und schließlich hat auch U Nu weiterhin darauf Wert gelegt, daß ihm U Thant bei wichtigen Konferenzen als Berater zur Seite steht. So nahm U Thant an der bedeutsamen Bandung-Konferenz von 1955 teil, er besuchte die asiatisch sozialistische Konferenz von 1953 in Rangun und 1956 in Bombay, und er war auf der jüngsten Zusammenkunft der neutralen Länder in Belgrad anwesend.

Die Eindrücke, die U Thant auf diesen Reisen gesammelt hat, scheinen ihn zu seinem Buch "Städte und ihre Geschichten" veranlaßt zu haben. Die Erfahrungen der letzten Jahre ließen ihn sein Buch "Die Vereinten Nationen" schreiben. Seine anderen Bücher "Demokratie in der Schule" und "Aus dem Weg zu einer neuen Erziehung" zeigen, wie tief er seinem eigentlichen Beruf, dem des Lehrers, noch immer verhaftet ist.

Wie die Tatsache, daß die östliche und die westliche Welt bereit ist, für U Thant als Generalsekretär der Vereinten Nationen zu stimmen, beweist, hat U Thant es verstanden, eine Politik zwischen den Blöcken einzuhalten. Dies drückte U Thant unzählige Male in seiner erklärten Haltung vor den Vereinten Nationen aus. Er verurteilte den Westen, wenn es um die Befreiung der noch immer in kolonialer Abhängigkeit lebenden Völker ging. Ebenso offene Worte sprach er gegen die russische Intervention in Ungarn. In Belgrad war die burmesische Delegation unter seiner sehr maßgeblichen Beeinflussung eine der wenigen, die die These von zwei Deutschlands und zwei Berlins zurückwies. In der Tat könnten sich die jungen Staaten keinen besseren Repräsentanten ihrer neutralen Politik wünschen. Und die ganze Welt hat Grund anzunehmen, daß U Thant wie kein zweiter geeignet ist, die Vereinten Nationen in stürmischen Zeiten zu leiten.

+ + +

I.D.

Auf schwankendem Boden

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Das sich abzeichnende türkische Wahlergebnis ist nicht nur unter innenpolitischen, sondern noch stärker außenpolitischen Gesichtspunkten als außerordentlich ungünstig zu bewerten. Eine wohl unumgänglich notwendige Koalitionsregierung, die bei den parteipolitischen Voraussetzungen und persönlichen Rivalitäten in diesem Lande zu bilden nicht ganz einfach sein wird, dürfte diesen einst so sicheren europäisch-asiatischen Stützpfeiler des Westens in Zukunft noch öfter in den Blickpunkt des Weltinteresses rücken.

Zweifellos sind die meisten der Ursachen dieser mangelnden innerpolitischen Stabilität im wirtschaftlichen Bereich zu suchen. Wie erst vor wenigen Tagen bekanntgewordene Schätzungen ergeben haben, zählt das Land am Bosporus rund vier Millionen durch keinerlei Arbeitslosengelder unterstützte Unbeschäftigte. Andererseits konzentrieren sich 38 % des türkischen Nationaleinkommens in den Händen von nur 2 % der türkischen Bevölkerung. Die mangelnde Bereitschaft dieser Schicht, ihre großen Einkommen im eigenen Lande anzulegen, hatte außerdem zum Ergebnis, daß die Türkei ihren bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung vorwiegend durch ausländische Hilfe finanzierte. Bei diesem Zustand dürfte es auch noch eine Weile bleiben, insbesondere, als der Wahlausgang die psychologische Bereitschaft der sich sonst so national gebärdenden Türken, ihr Geld in die wirtschaftliche Entwicklung ihres Landes einzusetzen, eher gemindert, denn gefördert haben dürfte.

Vielleicht sollte es auch im Ausland zu denken geben, warum gerade anlässlich der Ankunft dreier NATO-Wirtschaftsexperten, die die wirtschaftliche Lage der Türkei studieren sollen, der bisherige Leiter der Wirtschafts- und Handelsabteilung des türkischen Außenministeriums, Herr Aytug, darauf hinwies, es gäbe viele, die der Türkei helfen wollten. Nach seinen Worten stehe an der Spitze der Liste der Hilfsbereiten die Sowjetunion, deren Botschafter gegenüber dem bisherigen Staatspräsidenten Gürsel wiederholt die Hilfsbereitschaft Moskaus unterstrichen haben soll. Mit der Versicherung, man werde solche Angebote der Sowjetunion gegenwärtig nicht annehmen, war der Hinweis verbunden, die NATO-Wirtschaftsexperten würden die türkischen Probleme hoffentlich verstehen.

Sicherlich sollte man aus der Möglichkeit, daß Moskau irgendwann seinem südlichen Nachbarn finanziell unter die Arme greifen könnte, kein Schreckgespenst machen, obwohl man annehmen kann, daß es dann auch eine Honorierung seiner Großzügigkeit erwarten würde. Wenn man jedoch die türkischen Dinge bereits aus diesem Blickwinkel betrachtet, darf man auch die Tatsache nicht übersehen, daß der Ausgang der türkischen Wahlen noch am ehesten den Wunschvorstellungen Moskaus entsprechen dürfte. Ist doch die innenpolitische Stabilität, die sich viele von den Wahlen vom 15. Oktober versprochen und die dem Lande nach anderthalbjähriger Militärherrschaft wieder eine parlamentarisch verantwortliche Regierung zurückgeben sollten, weiter entfernt als es viele vor diesem Zeitpunkt erwarteten.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler